



Stadtverwaltung Plauen

Herr Oberbürgermeister
Steffen Zenner

Plauen, 24.03.2022

Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion stellt den Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres eine Überprüfung der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe in Hinblick auf Synergieeffekte durch Vernetzung durchzuführen und zu analysieren.

Diese ist dem Stadtrat spätestens zwei Stadtratssitzungen vor der Sommerpause 2023 mit geeigneten Maßnahmen zur Kostenminimierung durch die Nutzung gemeinsamer Potenziale und Synergien vorzulegen.

Eine Analyse der gegenwärtigen und gegenseitigen Liefer- und Leistungsbeziehungen sind aufzuzeigen. Mit der derzeitigen Fortschreibung der Digitalisierung von zahlreichen Abläufen (papierarme Verwaltung) sollten signifikante Veränderungen zur Einsparung erkennbar sein, um Abläufe weiter zu optimieren.

Der Stadtrat entscheidet in Folge vor der Sommerpause 2023 und nach Beratung in den Fachausschüssen über die Bildung einer möglichen städtischen Dienstleistungs-GmbH ab 2024, wo verschiedene Aufgabenfelder aus den städtischen Gesellschaften bzw. ganze Gesellschaften und Eigenbetriebe fusioniert werden können.

In gleicher Untersuchung erfolgt die Bündelung der städtischen Immobilienverwaltung.

Begründung:

Bei den Haushaltsbefassungen und Fraktionsberatungen wird immer wieder deutlich, dass bei zahlreichen Arbeitsabläufen Doppelstrukturen bestehen. Diese belasten den Haushalt der Stadt, der Gesellschaften und Eigenbetriebe. Gerade beim Zuschuss GAV wird dies immer wieder deutlich.

So sollte im Bereich IT eine Verbesserung und Optimierung erreicht werden, Kfz-Werkstätten angepasst werden, um nur zwei Beispiele zur Kostenminimierung zu nennen. Ingenieurleistungen, Grünflächenpflege und Hausmeister gehören ebenso zu diesem Spektrum der Optimierung. Wir erwarten von der Verwaltung, dass Kosteneinsparungen, Flexibilität und Effektivität auf kommunaler Ebene Grundvoraussetzung für das Handeln der öffentlichen Hand sind. Die letzten Monate durch die Pandemie hat für zahlreiche Bürger zu erheblichen Einschränkungen geführt. Hier sollte auch die Verwaltung gemeinsam mit den Eigenbetrieben und Gesellschaften zu Kosteneinsparungen im öffentlichen Bereich beitragen. Daher sind Doppelstrukturen für uns als CDU-Fraktion nicht weiter vertretbar.

Jörg Schmidt
Fraktionsvorsitzender